

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	3 (1962)
Heft:	12
Rubrik:	Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

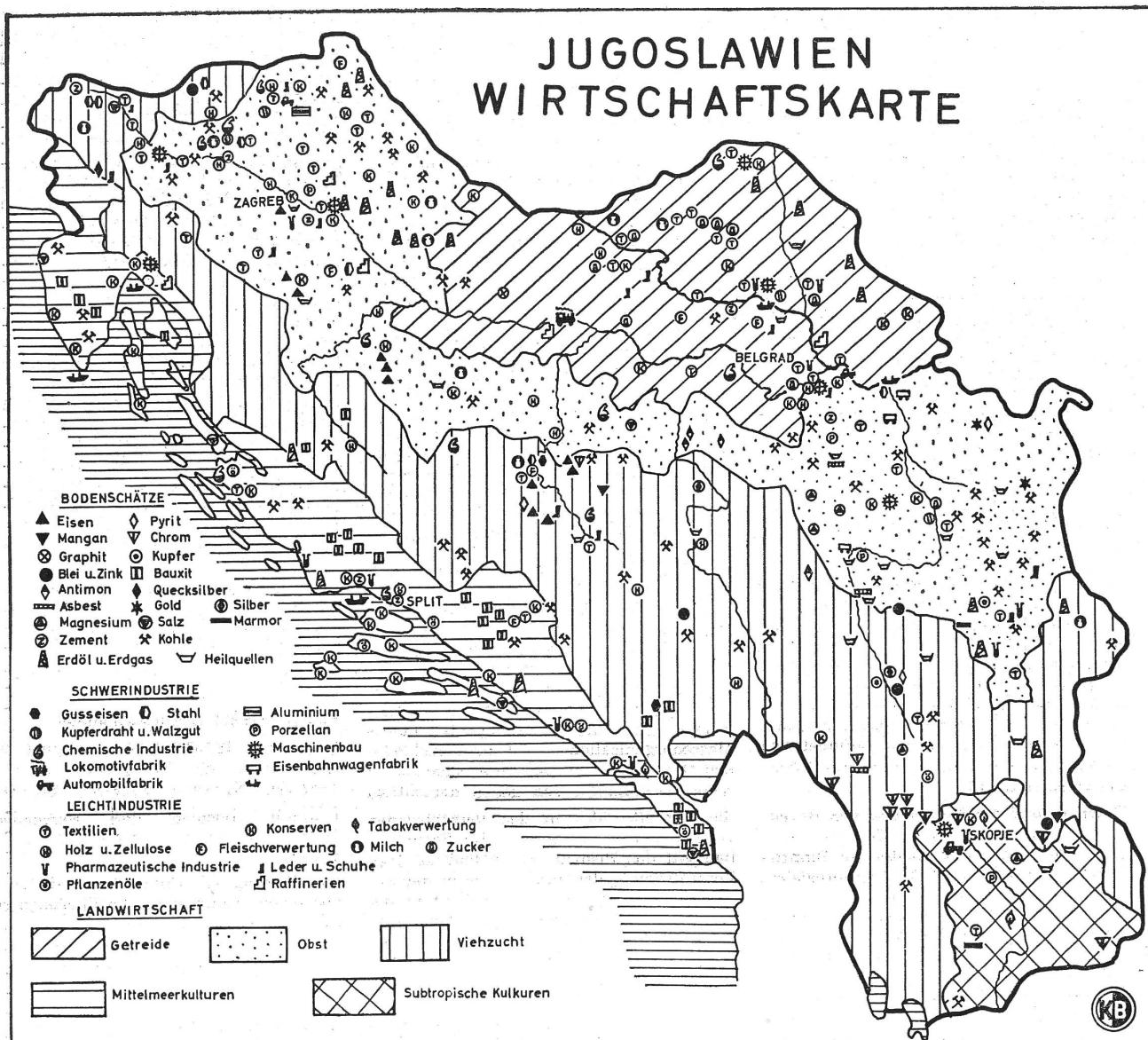
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Jugoslawien Die Wirtschaft

Wie auch andere kommunistische Staaten ist Jugoslawien mit der Planwirtschaft unter Vorrang der Industrialisierung vom blossem Rohstoff- und Agrarproduzenten zu einem Industriestaat geworden. Seine besondere Lage auch in wirtschaftlicher Beziehung ist einerseits durch den starken Außenhandel mit dem Westen und anderseits intern durch den sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand in den einzelnen Teilrepubliken gekennzeichnet.

In ihrer generellen Struktur zeigt die jugoslawische Wirtschaft durchaus die geäußigen Züge des kommunistischen Systems. Privateigentum ist nur insofern zugelassen, als es nicht die Ausbeutung fremder Arbeitskräfte erfordert. Das Privatunternehmen gibt es nur in der Landwirtschaft (wo die Kollektivierung 1953 weitgehend rückläufig gemacht wurde) und im Kleinhandwerk. Verstaatlicht ist Industrie, Bergbau, Handel, Kredit- und Versicherungswesen. 1958/1959 wurden ebenfalls alle Wohnhäuser mit mehr als zwei Wohnungen nationalisiert, ferner die Bau-

grundstücke. Vorwiegend in genossenschaftlichem Besitz sind Gewerbe und Handwerk, ferner ein Teil der Landwirtschaft.

Die Planungswirtschaft begann 1947 mit dem ersten Fünfjahresplan, der vor allem die Entwicklung der Energiewirtschaft als Industriegrundlage vorantrieb. Von 1952 bis 1956 wurden lediglich Volkswirtschaftspläne (Jahrespläne) aufgestellt. Der zweite Fünfjahresplan 1957 bis 1961 widmete sich neben der Industrie-Entwicklung vor allem dem Verkehrsausbau und der zuvor schlecht behandelten Landwirtschaft zu. Die vorzeitige Erfüllung führte zum dritten Fünfjahresplan 1961 bis 1965. Sein Ziel ist die Förderung der «unterentwickelten Gebiete» des Landes. 1961 wurde mit westlicher Hilfe eine Wirtschafts- und Währungsreform (ein Dollar gleich 750 Dinar) durchgeführt, welche die Einführung neuer Wertzölle, ein neues Bank- und Kreditsystem sowie neue Außenhandelsvorschriften umfasste. Die vorläufig ersichtlichen Folgen beschränken sich auf allgemeine Preiserhöhungen.

Die Wachstumsrate der Industrieproduktion hat sich jetzt verlangsamt (1953 bis 1959 im Jahresdurchschnitt 13 Prozent,

1961 nur 8 Prozent Erhöhung). Die soziale Struktur hat sich aber schon stark verändert. Waren vor dem Krieg noch über drei Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft (Forstwirtschaft, Fischerei) beschäftigt, so war es 1961 noch rund die Hälfte.

Bodenschätze: Jugoslawien gehört zu den erzreichsten Ländern Europas. Seine Bleierzeugung (89 000 Tonnen jährlich) gehört zu den gewichtigsten der Welt und geht weitgehend nach den USA. Führend ist das Land ebenfalls in der Produktion von Bauxit (jährlich über 1 Million Tonnen), Quecksilber (0,5 Millionen Tonnen) und Kupfer. Aber auch die Eisenerzförderung ist bedeutend. Die Energiewirtschaft wird durch bedeutende Kohle- und Erdölvorkommen gestützt. Das Wasserkraftpotential des Landes (66,5 Milliarden kWh) wird erst zu 4 Prozent ausgenutzt und stellt Reserven über den Eigenbedarf hinaus dar. Unter den Projekten, die im laufenden Fünfjahresplan verwirklicht werden sollen, befindet sich das Cetina-Kraftwerk bei Split mit einer Jahreskapazität von einer Milliarde kWh. Mit Rumänien zusammen ist der Bau eines Grosskraftwerkes an der Donau (Eisernes Tor) geplant.

Die Föderative Volksrepublik Jugoslawien

Staats- und Regierungsform: Bundesstaat kommunistischer Prägung. Das Parlament, die Bundesvolksversammlung wird auf vier Jahre gewählt. Es besteht aus zwei Kammern: dem Bundesrat (ein Abgeordneter auf 60 000 Einwohner) und dem die Wirtschaftsorganisationen vertretenden «Produzentenrat» (siehe S. 2). Die ursprünglich bestehende dritte Kammer, der föderalistische «Nationalitätenrat», ist zwar formell nicht abgeschafft, tritt aber seit Jahren nicht mehr in Erscheinung.

Staatspräsident und als Vorsitzender des «Bundesvollzugsrates» (= Bundesregierung) auch Ministerpräsident ist Marschall Josip Broz Tito. Er regiert diktatorisch.

Als Bundesstaat besteht Jugoslawien aus sechs Teilrepubliken: Serbien (34 Prozent

der Gesamtfläche) mit der Autonomen Provinz Vojvodina im Norden und dem Autonomen Gebiet Kosovo-Metohija oder Kosmet im Süden, Kroatien (22,1 Prozent), Slowenien (7,9 Prozent), Bosnien und Herzegowina 20,0 Prozent), Mazedonien (10,1 Prozent), Montenegro (5,4 Prozent). Diese Teilrepubliken werden auf ihrer Ebene nach ähnlichen Prinzipien verwaltet wie der Bund.

Unterste Einheit in der Staats- und Gesellschaftsverwaltung ist die «Kommune», die üblicherweise mehrere Siedlungen umfasst und sowohl eine politische, als auch wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft darstellen soll (wobei Unterorganisationen existieren). Auch sie kennt ein Zweikammerparlament (Gemeinderat und Produzentenrat im Volksausschuss vereinigt), nebst vollamtlichen Präsidenten und Sekretären. Jugoslawien zählt heute 800 Kommunen, die ihrerseits in 75 Bezirken als übergeordnete Verwaltungseinheit zusammengefasst werden.

Partei: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) mit rund 1 Million Mitgliedern ist die einzige zugelassene Partei. Sie beherrscht auch die Volksfront im «Sozialistischen Bund des Werktätigen Volkes» (über 6,5 Millionen Mitglieder), der wichtigsten Massenorganisation, ferner die Gewerkschaften, die «Volksjugend», andere Massenorganisationen und die verschiedenen Organisationen der «gesellschaftlichen Selbstverwaltung», von denen namentlich die «Arbeiterräte» in den verschiedenen Unternehmen wichtig sind. Im Parteiaufbau gilt das Prinzip des «demokratischen Zentralismus», der ähnlich wie in der Sowjetunion die föderalistische Struktur des Landes völlig überspielt. (Ueber den «Revisionismus» der jugoslawischen Partei siehe S. 2).

Industrie: Den Erzvorkommen entsprechend nimmt die Metallurgie einen hervorragenden Platz in der jugoslawischen Wirtschaft ein. Stark entwickelt hat sich in den letzten Jahren eine leistungsfähige Zementindustrie. Die Maschinenindustrie ist vielfältig geworden, ohne freilich den Eigenbedarf decken zu können. Unter anderm besitzt Jugoslawien eine junge Automobilindustrie, die nach ausländischen Lizenzen produziert. Forciert wurde der Ausbau der chemischen Industrie (Schwefelprodukte, Kunststoffe, Kunstdünger, Zellulose). Ebenfalls im Aufbau befindet sich die Textilindustrie, die sich auch auf neue Branchen erstreckt.

Unter anderm für die Schweiz von Bedeutung ist der Schiffsbau. 1961 verliessen 39 Schiffe (ohne die Einheiten für Binnenschiffahrt, insgesamt 473 000 Bruttoregistertonnen) die jugoslawischen Werften, zu zwei Dritteln für ausländische Auftraggeber. Die Schweizerische Handelsflotte wurde zu 38 Prozent in Jugoslawien gebaut (Schiffsmotoren nach Lizenz der Sulzer AG).

Landwirtschaft: Die Zwangskollektivierung von 1949 führte die jugoslawische Agrarwirtschaft an den Rand der Katastrophe. Sie wurde 1953 wieder rückgängig gemacht, wobei der private Besitz auf höchstens 10 Hektaren beschränkt wurde. Darnach verbesserte sich die Lage wesentlich (Höhepunkt 1959), aber immer noch ist das ehemalige Getreideexportland auf die Einfuhr von Getreide angewiesen. Tito verlangte letztes Jahr wiederum die Vergrösserung der kollektiven Anbaufläche und machte für die Rückschläge der beiden letzten Jahre die Einzelbauern verantwortlich, in deren Besitz sich 11 Millionen Hektaren befinden, wogegen der Staat 700 000 und die Genossenschaften 600 000 Hektaren bebauen. Wichtigster Landwirtschaftszweig ist der Ackerbau, gefolgt von Viehzucht, Obst- und Weinkultur, Tabakanbau. Die grossen Waldflächen machen auch die Forstwirtschaft sehr wichtig.

Aussenhandel: Nur knapp ein Viertel des Gesamtvolumens wickelt sich mit dem Osten ab. Wichtigste Handelspartner sind Italien, die Deutsche Bundesrepublik, Grossbritannien und dann erst die Sowjetunion. Starke politische Förderung erfährt die Entwicklungshilfe. Wichtige Exportgüter sind Erze und Metalle, Holz, einige Landwirtschaftsprodukte (Früchte, Vieh, Tabak), Zement.



Serbische Bäuerin.

Verfassungen: vom 31. Januar 1946 und 31. Januar 1953. Ein neues Grundgesetz ist in Vorbereitung. Es soll vor allem die gesellschaftliche Selbstverwaltung unter Führung der Partei fördern und gesetzlich weiter verankern.

Fläche: 255 804 Quadratkilometer.

Einwohner: 18 538 000 (Volkszählung 1961). Aufteilung nach Teilrepubliken: Serbien 7 462 000, Kroatien 4 157 000, Slowenien 1 587 000, Bosnien und Herzegowina 3 276 000, Mazedonien 1 404 000, Montenegro 472 000.

Bevölkerung: Als «Viervölkerstaat» hat Jugoslawien zahlreiche Bevölkerungsgruppen: Serben 40 Prozent, Kroaten 23 Prozent, Slowenen 9 Prozent, Albaner (hauptsächlich in Kosmet) 5 Prozent, Mazedonier



7 Prozent, Ungarn gut 3 Prozent, Montenegriner 2,7 Prozent. Weitere Minoritäten sind: Skipetaren, Türken, Slowaken, Zigeuner, Bulgaren, Deutsche, Rumänen, Ruthenen, Walachen u. a.

Staatsprachen sind Serbokroatisch, Slowenisch und Mazedonisch.

Religion: Trennung von Kirche und Staat, Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen verboten. Bei der letzten Volkszählung, in der die Konfessionszugehörigkeit registriert wurde, 1948, ergab sich folgende Verteilung: Orthodoxe 49,5 Prozent, Katholiken (römisch) 36,7 Prozent, Moslemmedaner 12,5 Prozent, daneben evangelische, altkatholische und weitere christliche Konfessionen und 6000 Juden. Nach den blutigen Verfolgungen zu Beginn des Regimes ist heute das Verhältnis zwischen Staat und Kirche vielleicht besser als in den andern kommunistischen Staaten.

Armee: 39 Divisionen mit einem Bestand von 500 000 Mann, der auf zwei Millionen erhöht werden kann. Wehrpflicht zwischen 20 und 55 Jahren, Dienstzeit zwei bis drei Jahre.

Bildung: Alle Schulen mit Ausnahme der noch zugelassenen Priesterseminarien sind staatlich. Sechs Universitäten, sowie weitere Fakultäten und Hochschulen mit insgesamt über 100 000 Studenten. Für einzelne Volksminderheiten sind eigene Schulen vorhanden. Laut letzter Volkszählung sind 21,1 Prozent der über zehn Jahre alten Einwohner Analphabeten.

Wirtschaft: siehe Spezialkarte.

Publikationen

Die KPdSU an der Macht

In der Sowjetunion gab es zwei Bücher über die Geschichte der Kommunistischen Partei. Das erste Buch — «Das kurze Lehrbuch der Geschichte der KPdSU» war im Jahre 1938 erschienen und wurde unter direkter Mitwirkung Stalins verfasst. 20 Jahre 1938 erschien und wurde unter Lehrbuch für die sowjetischen Schulen und Hochschulen anerkannt. Man verwendet dieses Buch auch in speziellen Kursen für das Studium der Parteigeschichte. Nach Stalins Tod stellte man offiziell fest, dass in diesem Werk verschiedene Tatsachen verdreht und willkürlich falsifiziert wurden. Nach Stalins Tod erschien die heute noch anerkannte «Geschichte der KPdSU», in welcher wohl die Darstellung einiger historischer Tatsachen korrigiert wurde, die anderen aber weiterhin falsch dargestellt werden, weil die Partei an einer entsprechenden Darstellung ihrer Geschichte und ihrer Entwicklung sehr interessiert ist. Unter diesen Umständen war es außerordentlich wertvoll, dass im Jahre 1960, zunächst in russischer Sprache im Verlag «Possev», in Frankfurt am Main und ein Jahr später im Verlag «La table ronde» in Paris, in französischer Sprache, eine seriöse Studie über die Geschichte der Kommunistischen Partei erschien. Der Verfasser N. Rutytsch — ein junger Historiker der sowjetischen Schule, der seit dem letzten Krieg in Frankreich lebt, hat in seinem Buch «Die KPdSU an der Macht» auf Grund einer sehr umfangreichen Dokumentation die Geschichte der Partei seit 1917 geschildert.

Es ist bestimmt von Vorteil, dass nicht die Entstehung der heutigen KP im 19. Jahrhundert in Russland untersucht wird, son-

dern mit der Darstellung der KP kurz vor der Revolution begonnen wird. Die unmittelbare Vorgeschichte der Oktoberrevolution, die Vorbereitungen des Umsturzes und die weitere Entwicklung der Kommunistischen Partei bilden die wichtigsten Abschnitte des Buches.

Im ersten Teil beschreibt der Verfasser die Situation in Russland vor der Februarrevolution 1917, wobei er sich auf zahlreiche erst nach dem Zweiten Weltkrieg freigegebene deutsche Dokumente stützt. Für uns sind dabei besonders interessant die Verhandlungen, die zwischen dem Mittelsmännern Lenins und den Vertretern gewisser deutscher Kreise in der Schweiz geführt wurden.

Im zweiten Teil, welcher die Jahre 1917 bis 1920 umfasst, sind die wichtigsten Ereignisse des Bürgerkrieges und der Politik des sogenannten «Kriegskommunismus» dargestellt, sowie die Strategie der KP an zwei Fronten: an der inneren Front und an der Front der Weltrevolution.

Der dritte Teil stellt eine in diesem Umfang erstmalige Untersuchung über die parteiinternen Kämpfe verschiedener Gruppen und Richtungen, über die Anfänge und die Entwicklung der parteiinternen Opposition. Dem Verfasser gelingt der Nachweis der logisch konsequenten «Entartung» der Partei zur parteiinternen Diktatur, wobei sich zeigt, dass schon lange vor M. Djilas, nämlich im Jahre 1923, dieser Ausdruck von Bucharin geprägt wurde.

Der vierte Teil ist der Periode der umschränkten Herrschaft Stalins gewidmet mit den grossen politischen Prozessen und den blutigen Säuberungen der dreissiger Jahre im Vordergrund.

Der fünfte Teil umfasst die Kriegszeit und die wichtigsten Ereignisse in der Partei und im Lande in den ersten Nachkriegsjahren: die Reaktion der Parteiführung auf die durch den Krieg erzwungenen Konzessionen, die Lage in der Partei im Zeitpunkt des Todes Stalins und die heftigen parteiinternen Kämpfe, die bis heute anhalten.

Das Buch «Die KPdSU an der Macht» ist trotz seiner wissenschaftlichen Gründlichkeit und trotz der Vielzahl der aufgeföhrten Quellen und Literaturhinweise keine rein wissenschaftliche leidenschaftlose Untersuchung, sondern ein Werk von grosser praktischer Bedeutung und eine äusserst unterhaltsame Lektüre. Die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung und ihre Bedeutung sieht der Verfasser, ohne unbescheiden zu sein, darin, dass «... die Parteigeschichte bildet in Russland die Grundlage, die als Ausgangspunkt für neue Programme und für die Suche nach neuen Wegen bezeichnet werden muss. Neue Wege nicht zur Zunahme des Totalitarismus und nicht zur Gewalt, die durch keine Gesetze beschränkt wird, sondern zur Freiheit. Deshalb ist das Interesse für die Parteigeschichte kein Interesse für ein «Eichmass», sondern für die wirkliche objektive Geschichte.

Angesichts der Tatsache, dass die wichtigsten und reichhaltigsten Quellen für die Erforschung der Parteigeschichte heute noch nicht zugänglich sind, erhält dieses Buch eine besondere Bedeutung, weil es eine Reihe von Lücken in der Geschichte der KPdSU durch gründliche Untersuchungen ausfüllt und zahlreiche Falsifikationen der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreiber desavouiert.

G. B.

NACHRICHTEN

Handel

Polen

Kohlen und Devisen

Laut Radio Warschau rückte Polen im vergangenen Jahr zum grössten europäischen Kohlenexporteur auf und wird auf dem Weltmarkt nur noch von den USA übertroffen.

Das Jahr 1961 war zweifellos ein gutes Jahr für Polens «schwarzes Gold». Insgesamt waren 17 000 000 Tonnen Steinkohle exportiert worden — 300 000 Tonnen mehr als im Plan ursprünglich vorgesehen. Von dieser Menge ging etwas weniger als die Hälfte, nämlich 8 200 000 Tonnen in die anderen kommunistischen Länder, der Rest wurde an westliche Länder verkauft.

Außerdem exportierte Polen 2 000 000 Tonnen Koks und fast 6 000 000 Tonnen Braunkohle.

Wie Radio Warschau meldete, sind die Aussichten für das Jahr 1962 sogar noch besser. Man hofft, eine zusätzliche halbe Million Tonnen Kohle exportieren zu können.

Im Jahr 1960 betrug die gesamte Kohlenförderung Polens 104 Millionen Tonnen Steinkohle, 11 900 000 Tonnen Koks und 9 300 000 Tonnen Braunkohle. Der Inlandpreis für eine Tonne Kohle bester Qualität beträgt 250 Zloty (10,40 Dollar); um aber Devisen zu erhalten, wird die Kohle oft fast zu Dumpingpreisen exportiert.

Landwirtschaft

Bulgarien

Sowjetischer Spätzünder

Die schwergeprüften bulgarischen Kollektivgüter werden ihrem Bestand an Sorgen eine neue hinzufügen müssen. Sie sollen nämlich, vier Jahre nachdem das gleiche in der UdSSR durchexzerziert worden war, die Traktoren und Maschinen, die bis jetzt von den staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen beschafft und verwaltet worden sind, aufkaufen.

Die bulgarischen Kommunisten sind trotz der Verzögerung von vier Jahren immer noch die ersten, die dem sowjetischen Beispiel folgen.

Der Verkauf des Maschinenparks der Traktorenstationen kann natürlich nicht auf einen Schlag erfolgen. Wie die offizielle Tageszeitung der bulgarischen KP «Rabotnitschesko Delo», berichtete, werden über 25 Prozent der Kollektivgüter «in naher Zukunft» die Ausrüstung der Stationen kaufen.

Bulgarien, wo kleinere Kollektivgüter zu grösseren Einheiten zusammengeschlossen worden waren, hat ungefähr 1000 Kollektivgüter und etwa 200 Traktorenstationen. Das Blatt meldete, die Regierungsverordnung zum Aufkauf der Bestände der Traktorenstationen sei die Antwort auf die «Bitte von etwa 250 Kollektivgütern, die darum nachsuchten, wenigstens die Maschinen der Stationen kaufen zu dürfen, die neu und einsatzbereit sind».

Die Bezahlung kann in Raten erfolgen und sich über einen Zeitraum von acht Jahren erstrecken.

Allerdings betreiben die Bulgaren die Auflösung der Stationen wesentlich vorsichtiger als die Russen. Viele der bulgarischen Kollektivgüter sind offenbar nicht in der Lage, die Maschinen zu bezahlen. In

(Fortsetzung von Seite 3)

Tatsächlich lebt beispielsweise in der Sowjetunion rund die Hälfte aller Einwohner von diesen vier Prozent. Auch die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung ist an frischem Gemüse interessiert, das keine bürokratischen Umwege hinter sich hat. So ist ein freier Detailmarkt entstanden, der in Wirklichkeit der wichtigste Umschlagplatz für Früchte und Gemüse in den Städten geworden ist. Die kommunistische Terminologie hat ihn unter dem Namen «Kolchosmarkt» anerkannt. Seine «Legitimität» ist dagegen so unklar wie die kommunistische Landwirtschaftspraxis. Vor ziemlich genau einem Jahr wurde er durch ein Dekret abgeschafft, das nicht widerrufen wurde. Aber da er versorgungsnotwendig war und überdies ohnehin weiter gedieh, hiess Chruschtschew seine vorläufige Fortführung am Parteitag vom letzten Herbst gut, nicht ohne damals und seither wiederholt scharf Stellung gegen die LPG-Mitglieder bezogen zu haben, die nur ihren persönlichen Profit im Auge hätten.

Von der offiziellen Entflöhnung aus dem Gemeinschaftsertrag könnte der Kolchosbauer vegetieren. Aber er lebt in Wirklichkeit von dem Rest an freier Privatwirtschaft, der auf Abruf toleriert ist und lässt den «sozialistischen Sektor» Parteisorge sein.

Die Parteisorge ist denn auch lebhaft genug. Sie äussert sich in zahllosen Verfugungen, Massnahmen und sogar harten Strafen gegen die, die sich auf Kosten des Gemeinschaftsbesitzes bereichern. Chruschtschew hat den Kampf gegen die Nebenwirtschaften 1956 durch Neuregelung (d.h. Verkleinerung) aufgenommen und 1959 bis Sommer 1961 verschärft (Verbot der Hofstelle für Mitglieder, die sich zuwenig um die Kollektivwirtschaft kümmern usw.). Auch jetzt ist das Seilziehen keineswegs zu Ende. Bisher hat das gemeinsame Interesse von Bauernschaft und Konsumenten eher wieder etwas an Boden gewonnen (z.B. ist der Viehbestand

der UdSSR mussten die Kollektivgüter die Maschinen in zwei bis drei Jahren abbezahlen. Bemerkenswert ist, dass erst kürzlich noch neue Maschinen-Traktorenstationen errichtet worden sind, und zwar in den Gebirgsgegenden, wo die Kollektivgüter nicht besonders leistungsfähig sind.

Als Parteichef Todor Schiwkoff im Jahre 1959 nach chinesischem Vorbild den «grossen Sprung vorwärts» verkündete, war bereits die Uebernahme des Maschinenparks durch die Kollektivgüter vorgesehen gewesen.

Das erste Zeichen in dieser Richtung zeigte sich aber erst vor etwa einem Jahr, als Radio Sofia meldete, die gesamte Ausrüstung einer Station in der Nähe von Ruse werde nunmehr für eine einzige Kollektivfarm verwendet.

Dann folgte eine Regierungsverordnung, nach der die Kollektivgüter innerhalb der nächsten drei Jahre ihre eigenen Reparaturwerkstätten einrichten sollten.

Laut «Rabotnitschesko Delo» kauften im vergangenen Jahr 21 Kollektivgüter die Ausrüstung von 20 Stationen auf, um zu sehen, wie sich die Dinge entwickeln würden. Ihre Erfahrungen haben angeblich «die Richtigkeit der Idee des schrittweisen Verkaufs des Maschinenparks an die Kollektivgüter» bewiesen.

in Privatbesitz angestiegen), aber die Partei könnte es an sich unter dem Risiko einer verschlechterten Versorgungslage auf eine härtere Auseinandersetzung ankommen lassen. Das ihr die Konkurrenz von Nebenwirtschaft und Kollektiv schlecht tragbar erscheint, ist begreiflich. Die andere Lösung, Rückkehr zu privatwirtschaftlichen Prinzipien, ist der KPdSU nicht zu nutzbar. Gomulka hat es zwar versucht, und Polen hat seine Landwirtschaftserträge gegenüber den andern Ostblockstaaten erheblich gesteigert.

Was nicht folgt

Falsch wäre es allerdings, aus dem Fortbestand der Nebenwirtschaften im Kalten Agrarkrieg zwischen Partei und Bauern zu schliessen, die LPG-Angehörigen lebten in kapitalistischem Luxus. Dass ihre Lage schlechter sein könnte, heisst nicht, dass sie gut ist.

Zwar ist es bei der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung schwieriger als beim Arbeiter, in den verschiedenen Staaten und Gebieten, in den verschiedenen Formen der Kollektivbetriebe, einen gemeinsamen Nenner der Lebenshaltung zu finden. Im Gegenteil hat es hier recht grosse Unterschiede, die zu berücksichtigen wären. Wir werden es in der nächsten Nummer dennoch unternehmen, ein Durchschnittsbild des Kolchosbauern zu entwerfen, das vor allem sowjetischen Verhältnissen gilt. In den Volksdemokratien, wo die Kollektivierung gegen den passiven Widerstand der Landbevölkerung grossteils erst letztes Jahr abgeschlossen wurde, sind die Bauern noch schlimmer daran.

Soziales

Polen

Gesundheitswesen vor der Verstaatlichung

In Polen werden zurzeit Schritte unternommen, um das gesamte Gesundheitswesen zu verstaatlichen.

Das Gesundheitsministerium liess den Regionalbehörden Vorschläge zugehen, die eine ganztägige, «permanente» Anstellung der Aerzte vorsehen. Es sind aber noch keine diesbezüglichen Gesetze erlassen worden.

«Sluzba Zdrowia», das Organ für die Angestellten im Gesundheitsdienst, veröffentlicht kürzlich die Einzelheiten dieses Vorschlags.

Danach wird in Zukunft die permanente, ganztägige Beschäftigung der Nationalen Gesundheitsbehörde die Voraussetzung für die Genehmigung zur Ausübung des ärztlichen Berufes sein.

Dieser Schritt, der praktisch das Ende der Privatpraxen der polnischen Aerzte bedeutet, wird folgendermassen begründet: «Die Beschäftigung der Aerzte auf permanenter Basis würde die sorgfältige Arbeitsweise der Gesundheitsbehörden garantieren und eine wesentliche Verbesserung der ärztlichen Hilfleistungen bedeuten, vor allem in den ambulanten Behandlungszentren.»

In Zukunft soll ein Arzt, der ganztägig im Staatlichen Gesundheitsdienst arbeitet, nur noch eine Nebenbeschäftigung neben seinem Hauptberuf haben dürfen, und täglich nicht mehr als $3\frac{1}{2}$ Stunden dieser zusätzlichen Arbeit widmen.

Zurzeit ist es den bei der Staatlichen Gesundheitsbehörde arbeitenden Aerzten nach

Beendigung ihres $7\frac{1}{2}$ -Stunden-Tages gestattet, ihre Privatpraxis zu führen. Eine Begrenzung der Zeit, die sie auf diese Praxis verwenden, gibt es nicht.

Es gibt zwar noch eine kleine Zahl von Aerzten, die nur ihre Privatpraxis betreiben; dabei handelt es sich aber fast ausschliesslich um Fachärzte und sie stehen sozusagen auf verlorenem Posten.

Das Interessante an dieser neuesten Wendung der Dinge liegt darin, dass sie keineswegs den Wünschen der polnischen Bevölkerung entspricht.

Anfang des Jahres hatte Radio Warschau über eine Umfrage in Warschau berichtet, nach der die überwältigende Mehrheit der Befragten es vorziehen würden, sich ihren Arzt selber aussuchen zu können.

Über 75 Prozent der Befragten verlangten die Einführung der freien Arztwahl im Rahmen des staatlichen Gesundheitsdienstes.

Unter den zurzeit geltenden Bestimmungen wird jeder Pole, je nachdem wo er wohnt oder arbeitet, einem bestimmten Arzt zugeteilt, den er im Bedarfsfall zu konsultieren hat.

Die Hälfte der befragten Warschauer Bürger waren der Meinung, dass zwischen dem Patienten und einem Arzt mit eigener Praxis bessere Beziehungen bestünden.

Ein Hinweis, dass die gesetzliche Grundlage für die Verstaatlichung des gesamten Gesundheitswesens nicht mehr allzulange auf sich warten lassen wird, ist einem Rundschreiben zu entnehmen, das vom Gesundheitsministerium an die Bezirksnationalräte verschickt wurde.

Darin wird nämlich die Durchführung aller vorbereitenden Massnahmen angeordnet und darauf hingewiesen, dass sich die Bezirke im Weigerungsfalle in einer schwierigen Lage befänden. Man werde ihnen nämlich kein Mitspracherecht geben, wenn es sich darum handelt, die Posten für die Aerzte zu verteilen.

Mode

SBZ

Politische Zöpfe

Mit Vorschlägen für die neue Frisur in der kommenden Saison wird die «Modekommission des Friseurhandwerks der DDR» am 28. Februar in Leipzig vor die Öffentlichkeit treten. Diese «Kommission» ist 1959 gegründet worden, «aus politischen Erwägungen heraus», wie ihr Mitglied, der Obermeister der Leipziger Friseure, Fuhrmann, mitteilte.

«Die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Staat», sagte der Leipziger Friseurobermeister, «hätte einfach eine eigene modische Note erforderlich gemacht.»

Es sei nicht die Schuld der Haarkünstler der Sowjetzone, wenn so manche Frau und so manches junge Mädchen mit einer Frisur herumlaufe, die diesen Namen nicht mehr verdienen. Jeder sollte sich fragen, «ob die hochgetürmten Haarwülste und der zerzauste Pferdeschwanz, gegen den sich jede Schindmähre empört verwahren würde, schön sind.»

Das Friseurhandwerk der Sowjetzone hat im vergangenen Jahr den «Pokal der Freundschaft» für den «internationalen Friseur-Wettbewerb der sozialistischen Länder» gestiftet, um den im November 1962 in Prag gekämpft wird.

Unser Memo

Der jugoslawische Stachanow, einst ein Helden des Systems, wurde mit einem Trinkgeld vorzeitig in den Ruhestand befördert und steht vor der Armut. So kann die Belohnung aussehen, welche «Arbeiterstaaten» ihren Helden reservieren.

Zugegeben ist allerdings, dass die jugoslawische Presse («Oslobodjenje») selbst den Fall mit dieser Akzentsetzung vorgetragen hat. Es handelt sich um den Grubenarbeiter Abdurahman Babajitsch, der zusammen mit Alija Sirotanowitsch wegen seiner Leistungen im Kohlenbergwerk von Tito und der jugoslawischen Regierung als «Held der sozialistischen Arbeit» ausgezeichnet worden war. Presse, Radio und Propaganda priesen ihn zu Beginn der fünfziger Jahre als leuchtendes Vorbild. Was hat er jetzt davon?

Im Büro einer Sozialversicherung wurde er vom Autor des Artikels interviewt und berichtete: «Ja, damals erhielt ich ein Diplom und eine Uhr vom Marschall. Es waren ruhmreiche Tage. Tage, an denen in der Kohlengrube ein Telefon installiert wurde und das Radio über jedes geförderte Stück Kohle berichtete. Und später...»

So beschreibt der «Oslobodjenje»-Korrespondent die Szene: «Heute steht dieser Goliath im Versicherungsbüro. Ein alter Mann in schäbigen Kleidern. Das Haar grau geworden, die Augen trüb. Und er sprach: „Ich wollte nicht in den Ruhestand treten. Aber sie sagten mir, ich sei überflüssig. Es gebe genug jüngere Kräfte, die mich ersetzen könnten. Ich wollte noch weiter arbeiten. Aber sie haben mich auf die Pensionierungsliste gesetzt.“»

Das Interview ging weiter: «Was hast Du an Privateigentum?» — «Ich habe ein Zeugnis, dass ich auf dem ganzen Territorium der Jugoslawischen Föderativen Volksrepublik kein Privateigentum besitze. Dafür habe ich fünf Kinder.»

«Hat Dir die Kohlengrube ein Abschiedsgeschenk gemacht?» — «Ja, sie haben mir eine Hunte Grubenholzabfälle nach Hause geschickt.»

«Was war der Wert? — 800 Dinar.»

Mit 800 Dinar kann sich der Stachanow und Held der sozialistischen Arbeit jetzt eineinhalb Kilo Schweinefleisch kaufen. «Der Preis des Ruhmes — 800 Dinar», das ist die Überschrift, die der Korrespondent für seine Beschreibung gewählt hat.

Die Geschichte des vergessenen und elenden Helden ist freilich nicht nur im Osten möglich. Auch bei uns gibt es den Fall vom gealterten Sportidol oder vom lungenkranken Jazztrompeter. Solche Fälle zeigen die Wirklichkeit hinter der Sportlerherrlichkeit, hinter dem Ruhm der Publikumslieblinge. Und so zeigt die jugoslawische Episode die Wirklichkeit hinter der Fassade vom «Arbeitsstaat».

Der Schnappschuss

Der Berliner Korrespondent der jugoslawischen Zeitung «Oslobodjenje», die in Sarajevo erscheint, berichtete die folgende Geschichte, die er aber nicht als blassen Scherz bezeichnet, sondern als «eine Begebenheit des täglichen Lebens» in Ostberlin.

Auf der westlichen Seite der Mauer und des Stacheldrahtes schreit ein kleiner Bub, der an einer Banane kaut, zu einem kleinen Jungen auf der andern Seite hinüber: «Ihr habt keine Bananen, ätsch, ätsch!» «Nein», schreit der Ostberliner Bub zurück, «aber dafür habt ihr keinen Sozialismus.» «O, den werden wir schon noch kriegen», erwidert der kleine Westberliner. «Ja, aber dann habt ihr keine Bananen mehr!»

*

Windeln werden ab sofort nur noch bei Vorlage des Schwangerenausweises verkauft. So hat es der Leiter der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des sowjetischen Bezirkes Halle angeordnet. 1961 habe der Bezirk rund 34 000 Geburten gehabt, für die rund 680 000 Windeln zur Verfügung gestanden hätten, «also durchschnittlich 20 Windeln pro Kind». 1962 sollen nach der «Generalplanung» 780 000 Windeln für den Bezirk Halle bereitgestellt werden.

Wenn dennoch sehr oft keine Windeln aufzutreiben waren, erklärte die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes Halle, dann deshalb, «weil sie oftmals Verwendung finden als Kopfhauben, Scheibengardinen usw.»

*

Über 7000 Anträge auf Kauf eines Fernsehgerätes liegen gegenwärtig beim Konsum-Warenhaus in Halle/Saale. Die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt hat die ungeduldigen Antragsteller jetzt durch amtliche Bekanntmachung davon informiert, dass die Wartezeit von der Zahl der Anmeldungen und der zur Verfügung stehenden Stückzahl an Fernsehgeräten abhängig sei, «mindestens aber zwischen 15 und 18 Monaten beträgt.»

Ein patentetes Heilmittel 1962

Frau Sowjet zum Doktor kam
Und klagte diesem ihren Gram.
Si sagt: «Es fehlt mir allerlei,
Ich möchte wissen was es sei.

Zwar kann's mir zeitweis' wohl gelingen,
'Ne grosse Leistung zu erbringen,
Doch wie ich mich auch darnach sehne,
Erfüll' ich niemals meine Pläne.

Auch knurrt mir oft sehr stark der Magen.
Woher kommt dieses Unbehagen,
Das immerfort mich plagt und juckt,
Trotzdem ich Stalin ausgespuckt?

Vielleicht ist's auch Nervosität,
Denn mit dem Bruder Mao geht
Es schlecht. Er pocht auf eig'ne Kraft
Und pfeift auf meine Vormundschaft.
Drum hoffe ich auf alle Fälle
Sie heilen mich gleich auf der Stelle,
Denn sicher wissen Sie ja schon,
Wie wichtig meine Mission.»

Da sprach der Arzt: «Unzweifelhaft
Die Heilung eine Spritze schafft
Von einer prima Medizin:
Dem „Occidento-Concessin“.
Trotzdem es aus dem Westen kommt,
Es sicher Ihrer Heilung frommt.
Und Eines noch: Die dort'gen Herrn,
Sie liefern's gratis noch so gern.»
H. F.



Unser Betrieb ist auf Vollautomation umgestellt worden.

Bürokratie

Unsere beiden Karikaturen aus «Krokodil» und «Sowjetskaja Bjelorussija» beschäftigen sich mit diesem ewigen Thema der kommunistischen Verwaltung. Die Bürokratie ist allerdings als Thema nicht auf das kommunistische System anwendbar, aber es ist dort in höchster Potenz anwendbar. Wollte man die verschiedenen Berufsgruppen im Ostblock, die das Thema unserer jetzt laufenden Untersuchungen darstellen, unter einer Gegebenheit zusammenfassen, so wäre die allumfassende Bürokratie eine Möglichkeit. Daneben wären ja sicher noch solche Motive wie Unfreiheit, Abhängigkeit und erzwungene Unaufrechtheit denkbar, oder das Gefühl, nur als Objekt (u. a. auch von positiver Aufmerksamkeit vielleicht) eingesetzt zu werden. Diesem allem dient die sowjetische lärmende Bürokratie, die deshalb keineswegs die Harmlosigkeit des bloss Umständlichen oder Phantasielosen hat. So entspricht sie etwa auch dem Mangel an persönlicher Initiative, aber nicht nur aus bloßer Bequemlichkeit, sondern aus Angst vor dem, was sonst entstehen könnte. Der Buchstabe wird nicht nur aus Borniertheit respektiert, sondern aus Furcht vor freier Interpretation. Das sind qualitative Unterschiede, die zum grossen quantitativen Unterschied dazukommen, Unterschiede, die man den netten Zeichnungen «wie bei uns» nicht ohne weiteres ansieht.



Sagen Sie uns ganz korrekt: Womit beschneiden wir denn Ihre Initiative?